

MITGLIEDERZEITUNG DER DEUTSCHEN STEUER GEWERKSCHAFT, LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN

#### **BPR-Vorsitzender Günther Abeling verabschiedet**

Am 08. Mai 2012 wurde der langjährige Vorsitzende des Bezirkspersonalrates bei der Oberfinanzdirektion Niedersachsen verabschiedet.

Günther Abeling hatte das Gremium BPR in den Jahren 2000 bis 2012 - also insgesamt 12 Jahre lang durch zum Teil äußerst unruhiges Fahrwasser gesteuert, bevor er sich entschied, sich in diesem Jahr nicht zur Wiederwahl in das Gremium zur Verfügung zu stellen. Zum 30. Juni 2012 wird er aus dem aktiven Dienst der Steuerverwaltung ausscheiden und ab 01. Juli 2012 in den wohlverdienten Ruhestand überwechseln.

Bevor Günther Abeling in den BPR und dort als dessen Vorsitzender gewählt wurde, hatte er auf Ortsebene bereits eine Menge Erfahrung in der Personalvertretung sammeln können. Seit Jahren gehörte er dem Personalrat beim Finanzamt Nienburg/Weser an und hatte dort mehrere Jahre auch als dessen Vorsitzender die Arbeit dieses Gremiums geprägt.

Günther Abeling hat das Amt des BPR zu Zeiten übernommen, als sich die Verwaltung

und insbesondere die Oberfinanzdirektion im Umbruch befanden. 2002 sind in der OFD erstmals gravierende Veränderungen vorgenommen worden. Die steuerfachlichen Referate wurden insgesamt nach Oldenburg verlagert; Hannover übernahm die Zuständigkeiten für Organisation, Personal, Haushalt. 2010 mit der Eingliederung des Niedersächsischen Landesamtes für Besoldung und Versorgung unter des Dach der OFD änderte sich - da auch der Zoll als Bundesabteilung die OFD inzwischen verlassen hatte - der Name des bisherigen Bezirkspersonalrates (Land) in Bezirkspersonalrat (Steuer).

Inzwischen hat es wiederum einen Namenswechsel gegeben. Der Zusatz ist weggefallen. Nach Personalvertretungsrecht ist das Gremium Bezirkspersonalrat von den allen Beschäftigten der OFD zu wählen, mit Ausnahme der Abteilung Bau und Liegenschaften. Diese haben nach § 89 des Personalvertretungsgesetzes einen Sonderstatus und wählen dementsprechend ihren eigenen Bezirkspersonalrat.

Hier handelt es sich zur Unterscheidung um den Bezirkspersonalrat (BL).

Aber nicht nur der Name hat sich verändert. Auch die Arbeit des BPR hat sich grundlegend geändert.

weiter auf Seite 4





#### Landesverband Niedersachsen

DSTG Landesverband Niedersachsen. Kurt-Schumacher-Str. 29 30159 Hannover

Kurt-Schumacher-Str. 29 30159 Hannover Telefon 0511 342044 Telefax 0511 3883902 geschaeftsstelle@dstgnds.de www.dstgnds.de

23. Juni 2011

#### Entschließung

der Ortsverbandsvorsitzenden-Konferenz am 23.06.2011 in Hannover

#### Wir haben die Streichung des Weihnachtsgeldes nicht vergessen!

Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten viele Sonderopfer erbringen müssen.

Wir erinnern unter anderem nur

an

- 1. die deutlichen Einschnitte bei der Versorgung,
- die Erhöhung der Arbeitszeit von 38,5 auf 40 Wochenstunden ohne Lohnausgleich,
- Einsparungen bei den Gehältern durch Streckung der Dienstaltersstufen und Versagung von versprochenen Prämien und Zulagen,
- 4. die Verschlechterungen bei der Beihilfe und
- 5. die Streichung der Sonderzuwendungen.

Wir haben trotz dieser Maßnahmen unsere Pflichten nach Gesetz und Recht in hohem Maße erfüllt. Wir haben die Einschnitte aber nicht vergessen.

Nun ist es Zeit zur Umkehr! Die steigenden Steuereinnahmen räumen dem Niedersächsischen Landtag trotz der Schuldenbremse Handlungsspielräume ein. Wir fordern die Abgeordneten des Niedersächsischen Landtages auf, den Besoldungsrückstand für die Beamtinnen und Beamten dadurch abzubauen, dass zusätzlich zu den allgemeinen Besoldungserhöhungen in den kommenden 8 Jahren die Grundgehälter jeweils zum 1.12. um 1 % angehoben werden.

BB Bank · BLZ 660 908 00 · Konto-Nr.: 7 259 247

#### Impressum:

Herausgeber: DSTG Landesverband Niedersachsen e.V.; Verantwortlich: Dr. Thorsten Eichenauer, Kurt-Schumacher-Str. 29, 30159 Hannover Telefon: 05 11/34 20 44, FAX: 05 11/3 88 39 02, e-mail: geschaeftsstelle@dstgnds.de, Internet: www.dstgnds.de Redaktion, Layout und Anzeigenverwaltung: Uschi Japtok und Markus Plachta, Kurt-Schumacher-Str. 29, 30159 Hannover Auflage: 8.000 - Erscheinungsweise: zweimonatlich - Druck: Druckerei Hartmann, Weidendamm 18, 30167 Hannover Gezeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, die mit der Meinung der DSTG und der Redaktion nicht übereinstimmen muss. Der Bezugspreis ist für Mitglieder durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. (C) 2012 - DSTG Niedersachsen - Alle Rechte vorbehalten

#### Der Landesvorsitzende - Angemerkt...



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nach <u>fast vier Jahren</u> hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, der Vorlage- und Aussetzungsbeschluss des Verwaltungsgerichts Braunschweig aufgrund unserer Klage auf amtsangemessene Alimentation sei unzulässig.

Haben die Richter am Bundesverfassungsgericht <u>fast vier Jahre</u> über die Zulässigkeit der Vorlage nachgedacht?

Hat das Bundesverfassungsgericht <u>fast vier Jahre</u> die Vorlage des Verwaltungsgerichts Braunschweig mehr oder weniger unbeachtet liegen gelassen?

Leider kann ich Ihnen diese Fragen nicht beantworten, auf die Antwort kommt es aber auch nicht an. Wer als Rechtsuchender <u>fast vier Jahre</u> warten muss, bis das höchste deutsche Gericht über die Zulässigkeit seines Begehrens entscheidet, der verliert das Vertrauen in die deutsche Justiz und unseren Rechtsstaat.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Richter am Bundesverfassungsgericht zu dem Ergebnis gelangten, bereits die Aufbereitung der Tatsachengrundlagen sei nicht hinreichend erfolgt. Die Ausführungen lassen den Schluss zu, die Vorlage sei offensichtlich unzulässig gewesen. Diese Feststellung hätte zeitnaher getroffen werden können und müssen.

Dabei legt das Bundesverfassungsgericht großen Wert auf zeitnahe Aufgabenerledigung. In der Verhandlung über das neue Bundeswahlrecht kritisierte der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, "zum großen Bedauern des Gerichts ist es den Parteien nicht gelungen, innerhalb der drei Jahre einen gemeinsamen Vorschlag zur Änderung des Bundeswahlgesetzes auf den Weg zu bringen." (HAZ, 6.6.12, S.2) Maßstäbe, an denen man andere misst, müssen gegen einen selbst gelten, will man glaubwürdig sein. Einen Kompromiss zwischen Regierung und Opposition auszuhandeln, ist sicher erheblich schwieriger als die Unzulässigkeit einer Klage festzustellen.

Am ersten Tag meines Referendariats erklärte mir der Richter am Landgericht, dem ich zur Ausbildung zugewiesen worden war, bei jedem neuen Eingang müsse man zunächst seine Unzuständigkeit prüfen. Danach wende man sich unverzüglich der Zulässigkeitsprüfung des Begehrens zu. Zur Klärung dieser beiden Fragen benötigte der Richter am Landgericht nicht Jahre, auch keine Monate, sondern im Höchstfalle Stunden. Jede Kollegin und jeder Kollege unserer Verwaltung erhielte im Rahmen der Beurteilung eine Note am Ende der Skala. würde sie / er für die Erledigung von Vorgängen auch nur halb so viel Zeit wie die Richter am Bundesverfassungsgericht benötigen. Die persönliche und sachliche Unabhängigkeit der Richter ist ein hohes Gut unseres demokratischen Staatswesens, an dem nicht gerüttelt werden sollte. Dieses wird aber aufs Spiel gesetzt, wenn der Eindruck entstehen kann, das Recht auf Unabhängigkeit werde mit dem auf Untätigkeit verwechselt.

Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts muss nun das Verwaltungsgericht Braunschweig das Verfahren fortsetzen. Auch die Gremien des NBB werden über weitere Verfahrensschritte beschließen müssen. Eines steht aber bereits heute fest: Die Arbeitswelt der Beamtinnen und Beamten darf nicht weiterhin per Gesetz geregelt werden, sondern es müssen ihren Interessenvertretungen Mitwirkungsrechte eingeräumt werden. Der DBB ist aufgefordert, sich nachdrücklich für partnerschaftliche Verfahren zwischen den Beamten-Gewerkschaften und Bund und Ländern einzusetzen. Regelungen per ordre de Mufti sind überholt und mit einem partnerschaftlichen Verhältnis unvereinbar. Die gesetzlichen Regelungen müssen durch vertragliche ersetzt werden, denn die Beamtinnen und Beamten dürfen nicht länger die Sparschweine der Nation sein. Die Zeiten des Über- und Unterordnungsverhältnisses sind überholt.

In Niedersachsen haben die Beamtinnen und Beamten große Opfer zur Sanierung des Landeshaushaltes erbringen müssen, obwohl nicht sie, sondern alle Damen und Herren Landtagsabgeordneten seit Bestehen Niedersachsens dieses Desaster aufgebaut haben. Dass sich unser Minister in den kommenden Jahren auf höhere Steuereinnahmen freuen kann, ist auch ein Verdienst des öffentlichen Dienstes unseres Landes. Gerade die Finanzverwaltung hat in den zurückliegenden Monaten nicht nur permanent neue Aufgaben bei gleichzeitigem Personalabbau, sondern auch ein neues technisches Verfahren schultern müssen. Wenn im öffentlichen Dienst das Leistungsprinzip gilt, dann steht den Beamtinnen und Beamten dieses Landes mindestens die amtsangemessene Alimentation zu. Bereits vor einem Jahr hatte unsere Ortsverbandsvorsitzendenkonferenz gefordert, zusätzlich zu den allgemeinen Besoldungserhöhungen in den kommenden acht Jahren die Grundgehälter jeweils zum 1. Dezember um 1% zu erhöhen. Einen Teil der Steuermehreinnahmen im Jahr 2012 muss die Landesregierung zur Umsetzung unserer Forderung nutzen.

ınr

#### Aus dem Landesvorstand

Fortsetzung von Seite 1

Denkt man zurück an das Jahr 2000, so war die Arbeit überwiegend von Papierzuschriften und Anfragen per Telefon geprägt. Die Technik hat die Arbeit des BPR schnelllebiger gemacht. Der Email-Verkehr hat an Bedeutung gewonnen, Papier wird in weiten Teilen nicht mehr bewegt. Kaum ist eine Email abgesandt worden, erwartet der Sender schon die Antwort. Die Antwort haben die Anfragenden von Günther Abeling immer bekommen. Allerdings war ihm der Kontakt zu den Menschen äußerst wichtig und insofern hat er lieber zum Telefonhörer gegriffen.

In der Amtszeit von Günther Abeling oder Abi, wie er von seinen Freunden genannt wird, hat uns die Politik so manche Baustellen beschert, aber auch die Gerichte haben die Arbeit des BPR durch ihre Entscheidungen nicht immer leicht gemacht. Leider sind diese Ideen, Entscheidungen und Vorgaben nicht durchgängig positiv und so mancher Pferdefuß verbirgt sich dazu noch im Detail. Erster Ansprechpartner bei negativen Dingen ist grundsätzlich immer die Personalvertretung. Als Vorsitzender des BPR hat Günther Abeling den ersten Unmut und Ärger aufgefangen. Und egal, welcher Ärger und Unmut von der anderen Seite des Telefonhörers ihm entgegen schallte, Günther Abeling hat die Anruferinnen und Aunrufer mit seiner Ruhe und einer ehrlichen Antwort und Erklärungen wieder einfangen können.

Unter der Führung von Günther Abeling hat die Personalratstätigkeit ein anderes Gesicht bekommen. Vor 12 Jahren waren es die Vorsitzenden der örtlichen Personalvertretungen, die sich mit den Problemen und Fragen an den BPR gewandt haben. Heute sind es auch die Beschäftigten der Finanzämter, unsere Kolleginnen und Kollegen. Und für alle hatte Günther Abeling stets ein offenes Ohr. Als besonnenen und verlässlichen Ansprechpartner haben ihn unsere Kolleginnen und Kollegen aus den zahlreichen Personalversammlungen, zu denen er eingeladen war, kennen gelernt. Aber auch die Verwaltung hat ihn immer als kompetenten Ansprechpartner erlebt - wie der Finanzpräsident Herr Arntz in seiner Ansprache anlässlich der Verabschiedung sehr deutlich machte.

Dabei ist es Günther Abeling auch gelungen, die Dinge, die er für unsere Kolleginnen und Kollegen für wichtig erachtet hat, voran zu treiben. Ungerechtigkeiten, die Kolleginnen und Kollegen widerfahren waren, hat er angepackt und eine Lösung gefordert. Das Wohl der Kolleginnen und Kollegen war ihm bei seiner Arbeit das Wichtigste. Der Blick auf die Gesamtheit der Beschäftigten ist ihm dabei nie verlorengegangen. Und wenn er die Dinge auf seine besondere Art angefasst hat, so war dieses durchaus von Erfolg gekrönt. Der Wegfall der Kürzung der Anwärterbezüge nach erstmalig nicht bestandener Laufbahnprüfung ist beispielsweise seinem Gespräch mit Finanzminister Möllring zu verdanken.

Auch als Mitglied des Landesverbandes Niedersachsen der Deutschen Steuer-Gewerkschaft und dort als stellvertretender Landesvorsitzender hat Günther Abeling über Jahre in gleicher Art gewirkt. Gegenüber der Politik hat er in den Gesprächen mit allen politischen Parteien immer vehement seine Ansichten und Ansinnen für unsere Kolleginnen und Kollegen vertreten. Auch in den Ortsverbandsversammlungen war er ein gern gesehener Gast, weil er die Dinge ehrlich auf den Punkt gebracht hat. Mit seiner Meinung zu politischen Vorhaben hat er dabei nicht hinter dem Berg gehalten und diese immer untermauert.

Nachdem Günther Abeling nunmehr seine aktive Arbeit beendet hat, wird er in der Geschäftsstelle der Deutschen Steuer-Gewerkschaft hin und wieder auch am Telefon zu hören sein. Er hat dort seine Mithilfe bei personellen Engpässen angeboten und der Geschäftsführende Vorstand hat dieses Angebot gerne angenommen.

An dieser Stelle möchten wir für den Einsatz und das Engagement ganz herzlichen Dank sagen und Abi alles Gute, Gesundheit, viel Erfolg und ein wunderbares Pensionärsdasein wünschen.

Der DSTG-Landesvorstand

Aktuelle Informationen finden Sie immer laufend auch im Internet auf unserer Seite <a href="https://www.dstgnds.de">www.dstgnds.de</a>

#### **Aus dem Hauptpersonalrat**

#### E-Government neu denken

Interessante Neuigkeiten brachten Mitglieder des HPR (Veronika Deppe, Angelika Diedrich und Markus Plachta) vom 13. E-Government Kongress neueVerwaltung der dbb akademie mit, der am 22. und 23. Mai in Leipzig stattgefunden hat

(www.neueverwaltung.de).

Das unabhängige Deutsche Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet stellte dort die DIVSI Milieu-Studie zu Vertrauen und Sicherheit im Internet vor. Danach leben rund 27 Millionen Menschen in Deutschland komplett oder nahezu komplett ohne Internet. Damit sind hierzulande fast doppelt so viele Personen offline wie bislang angenommen

Die bundesweite Untersuchung zeigt, dass fast 40 Prozent der Menschen in Deutschland Digital Outsiders sind. Dies sind nicht allein Menschen ohne technischen Zugang zum Internet. Viel mehr gehören dazu auch jene, die zwar theoretisch über einen Internet-Anschluss verfügen könnten, im Umgang mit dem Internet jedoch stark verunsichert sind und dieses daher so gut wie bzw. überhaupt nicht nutzen. Rund 41 Prozent (28 Millionen Menschen) bezeichnet die Studie hingegen als Digital Natives. Diese sind mit dem Internet groß geworden und haben es voll in ihr Leben integriert. Sie können nicht nachempfinden, dass sich die anderen Gruppen im Internet nicht ebenso zuhause fühlen. Als dritte Gruppe wurden schließlich Digital Immigrants indentifiziert (20 Prozent bzw. rund 14 Millionen Menschen). Sie begrüßen einerseits den kommunikationstechnischen Fortschritt und nutzen das Internet gezielt für ihre Zwecke. Andererseits nehmen sie auch

die negativen Folgen des Digitalisierungsprozesses wahr, sind im Internet eher misstrauisch, skeptisch und defensiv unterwegs.

Unterschiedliche Ansichten gibt es in diesen Gruppen auch darüber, wer für die Sicherheit im Internet verantwortlich ist und wie sicher das Internet überhaupt sein kann. Fast drei Viertel der Deutschen (74 Prozent) erwarten, dass Staat und Wirtschaft aktiv für Sicherheit im Internet sorgen. 26 Prozent (mehrheitliche Digital Natives) lehnen dagegen jegliche Einmischung ab. Sie sehen die Verantwortung beim Nutzer und sind überzeugt, alles selbst im Griff zu haben. Etwa ein Drittel aller Internet Nutzer glaubt, dass es im Netz völlige Sicherheit geben kann. Rund die Hälfte der Nutzer ist hingegen überzeugt, dass dies nicht möglich ist. Alle übrigen Befragten konnten zu der Frage keine klare Position beziehen.

Die Vorstellung, dass vieles künftig nur noch online erledigt werden kann, macht einem Großteil der Menschen Angst.

Das bestätigten fast drei Viertel (72 Prozent) aller Befragten über 65 Jahre. Unter den 50 -64-Jährigen wird diese Aussage von deutlich mehr als der Hälfte bejaht. Bei den 30- bis 49jährigen wird diese Aussage von gut einem Drittel (37 Prozent) bejaht. Selbst bei den unter 30-Jährigen, die laut der DIVSI Milieu-Studie bereits zu 98 Prozent online sind und primär zu den so genannten Digital Natives gehören, betrachtet gut jeder Vierte (26 Prozent) eine solche Vorstellung mit Sorge. Dieses Ergebnis und auch die weiteren Auswirkungen der Studie auf das künftige E-

Government in Deutschland wurden auf dem Kongress in einer Podiumsdiskussion von Experten eingehend besprochen. DVSI-Direktor Matthias Kammer regte an, dass die Verantwortlichen weit stärker aus der Nutzersicht denken sollten. Die durch die Studie gewonnene Erkenntnis, wonach 39 Prozent der Bundesbürger das Internet praktisch nicht oder nur ganz wenig nutzen, sei bisher überhaupt nicht berücksichtigt worden. Dr. Marianne Wulff, Geschäftsführerein der Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.V. (VITAKO) unterstützte den Gedanken des nutzerorientierten e-Government. Da der Bürger nur selten Transaktionen mit der Verwaltung abwickele, müssten elektronische Angebote noch mehr aus der Perspektive des Bürgers betrachtet werden. (Anmerkung: Jeder ELSTER Nutzer kann diese Forderung eigentlich nur unterstützen). Die rein virtuelle Verwaltung, die beim Bürgerkontakt ausschließlich auf den elektronischen Kanal setze, sei passé. Die E-Government Szene müsse vielmehr überprüfen, wen sie wie überhaupt erreichen könne. Es gehe jetzt darum, Grundfragen zu klären. Nur dann könnten die Internet-Services der Verwaltung mehr Beteiligung finden. Sie brachte die Sache auf den Punkt: "Mit den Erkenntnissen der Studie werden wir über E-Government sehr anders nachdenken müssen":

Die gut zu lesende "DIVSI Milieu-Studie zu Vertrauen und Sicherheit im Internet" steht in einer Kurz- und in einer Langform unter <u>www.divsi.de</u> zum kostenlosen Download bereit.

Angelika Diedrich, Mitglied HPR

#### Aus dem Landesvorstand

#### NordKoop tagte in Schenefeld

Seit 2010 - nachdem die Tagungen vorher einige Jahre in Bad Bramstedt stattfanden - tagt die NordKoop regelmäßig einmal im Jahr im schleswig-holsteinischen Schenefeld unweit von Hamburg.

In diesem Jahr war es in der Zeit vom 19. - 21. April 2012 wieder soweit. 18 DSTG-Vertreter aus den norddeutschen Landesverbänden, aus Berlin und Mecklenburg-Vorpommern trafen sich von Donnerstagabend
bis Samstagmittag, um einen konstruktiven Gedanken- und Erfahrungsaustausch zu begehen. Niedersachsen war wie auch in den vergangenen Jahren mit unserem Landesvorsitzenden Dr. Thorsten
Eichenauer, den Stellvertretern Veronika Deppe, Thorsten Balster, und Uschi Japtok sowie den Beisitzern
Reiner Küchler und Markus Plachta gut vertreten.



Der Schwerpunkt der Tagung war der im Juni 2012 in Münster stattfindende Steuer-Gewerkschaftstag der DSTG-Bund. Seit mehreren Jahren hatte sich die NordKoop bereits mit der Satzung des Bundes beschäftigt und diverse Vorschläge zur Änderung der Satzung gemacht. Dabei ging es weniger um strukturelle Veränderungen, sondern vielmehr um die inhaltlichen Vorstellungen und die Zuordnung der einzelnen Punkte zu den verschiedenen Ordnungen (Geschäftordnung, Beitragsordnung, etc). Der Landesvorsitzende der DSTG-Berlin hatte unlängst die Vorstellungen der NordKoop der Bundesleitung vorgestellt. Ob der Verzicht der gewichtenden Abstimmung im Bundesvorstand und damit die Aufgabe des Vorteils der mitgliederstärkeren Landesverbände auf dem Steuer-Gewerkschaftstag beschlossen wird, bleibt allerdings offen.

Der Steuer-Gewerkschaftstag wählt auch eine neue Bundesleitung. Da mehr Kandidaten/innen zur Verfügung stehen als Plätze vorhanden sind, verspricht die Wahl durchaus spannend zu werden. Leider haben sich aus dem norddeutschen Bereich keine Kandidaten/innen zur Verfügung gestellt. Der Kollege Markus Plachta wird aber wieder als einer der Protokollführer fungieren und die Kollegin Uschi Japtok beim Wahlausschuss mitarbeiten.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt war der Tarifabschluss zwischen Bund und Kommunen. Auch wenn die Tarifverhandlungen 2012 nicht die Länder betrafen, sind diese Verhandlungen doch als richtungweisend für

#### Aus dem Landesvorstand

die Tarifverhandlungen 2013 für die Länder anzusehen. Zur Frage einer gemeinsamen Forderung für Tarifund Beamtenbereich waren sich die Vertreter der DSTG-Landesverbände der NordKoop einig: Es macht Sinn, dass in einem Gesamtpaket verhandelt wird, damit nicht eine Beschäftigtengruppe abgehängt wird.

Weiterhin wurden Gedanken zu den Folgen der Urteile zum AGG, hier insbesondere zu der Entscheidung des BAG zum Urlaubsanspruch und zum Alimentationsanspruch aus der höchsten Dienstalters/Erfahrungsstufe ausgetauscht. Auch die Organisation der Spielbanken in den norddeutschen Bundesländern war ein Diskussionsthema.

Der Vergleich der Besoldung in den Ländern der anwesenden Vertreter zeigte, dass die Föderalismusreform bereits erhebliche Unterschiede nach sich gezogen hat. Diverse Unterschiede waren auch im Vergleich der Beurteilungs- und Beförderungsrichtlinien erkennbar. So gibt es z.B. in einigen Ländern einmal im Jahr einen feststehenden Beförderungsstichtag. Im Bereich der Aus- und Fortbildung konnten die Niedersachsen Altbekanntes hören. Die Länder Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Bremen nutzen für die Ausbildung ihrer Anwärter/innen die in 2010 gegründete Norddeutsche Akademie Hamburg.

Zum Abschluss der Tagung wurde angesprochen, ob zukünftig ggf. gemeinsame Seminare im norddeutschen Verbund möglich seien. Ein gemeinsames Seminar zur Mitgliederwerbung erscheint beispielsweise durchaus sinnvoll und machbar. Und ein koordinierter Einkauf von Werbemitteln wird ebenfalls ins Auge gefasst.

Am frühen Samstagnachmittag beendete der Tagungsleiter Michael Jürgens aus Hamburg die Tagung. Wir Niedersachsen begrüßen diesen alljährlichen Austausch sehr. Auch dieses Mal haben wir neben den vielen gewerkschaftlichen Themen auch Zeit zu einem darüber hinausgehenden Gedankenaustausch gefunden. Unser Dank gilt Michael Jürgens, der diese Tagungen alljährlich perfekt organisiert.

#### --- **WERBUNG** ---

Debeka

Krankenversicherungsverein a.G.

## Unser Verein auf Gegenseitigkeit – besser als jede Bürgerversicherung

Wir sind solidarisch, leistungsstark und bieten auch im Alter bezahlbare Beiträge.







anders als andere

Größte Selbsthilfeeinrichtung des öffentlichen Dienstes auf dem Gebiet der Krankenversicherung

Debeka-Landesgeschäftsstellen Niedersachsen

Ostertorstraße 36 28195 Bremen Telefon (0421) 36503-0

Bernstraße 1 30175 Hannover Telefon (05 11) 3 48 40 - 0

www.debeka.de



#### Aus HPR & BPR

#### Wahlen der JAV Vertretung in den Stufenvertretungen

Nach § 57 Abs. 2 beruft der Hauptpersonalrat die Jugend- und Auszubildendenvertretungen, die bei den Dienststellen des Geschäftsbereichs der zuständigen obersten Dienstbehörden gewählt worden sind, spätestens sechs Wochen nach Beginn der regelmäßigen Amtszeit zu einer Versammlung ein. In dieser Versammlung ist für jede Stufenvertretung eine Jugend- und Auszubildendenvertretung zu bestimmen.

Die Wahlversammlung hat am 17.04.2012 im Niedersächsischen Finanzministerium stattgefunden. Eröffnet wurde sie von der Vorsitzenden des Hauptpersonalrats (Steuer) (HPR) Veronika Deppe, die die anwesenden Jugend- und Auszubildendenvertretungen aus den Finanzämtern recht herzlich begrüßte. Der Personalreferent im Niedersächsischen Finanzministerium Herr Götz Heilmann richtete ebenfalls einige Worte an unsere jungen Kolleginnen und Kollegen. Bevor in die einzelnen Wahlgänge eingetreten wurde, gaben Veronika Deppe, Uschi Japtok als Vorsitzende des Bezirkspersonalrat (BPR) und die bisherigen Jugend- und Auszubildendenvertreter (JAV) Anja Weber (HPR) und Annika Sklenak (BPR) einen kurzen Überblick über die Arbeit in den Stufenvertretungen.



Annika Sklenak (Bildmitte), die neue/alte JAV im BPR

Mit der Wahl der JAV für den BPR starteten die Wahlgänge. Annika Sklenak vom FA Hildesheim, die sich erneut für die Aufgabe beworben hatte, wird in den nächsten 2 Jahren die Belange der Jugendlichen und Auszubildenden im BPR weiterhin vertreten.



Franziska Wallenhorst (2 von links), die neue JAV im HPR

Als Vertreter wurden gewählt: Jan-Oliver Müller vom FA Hannover-Nord, Sören Hestermann vom FA Rotenburg (Wümme)

Ann-Christin Schmale vom FA Verden (Aller).

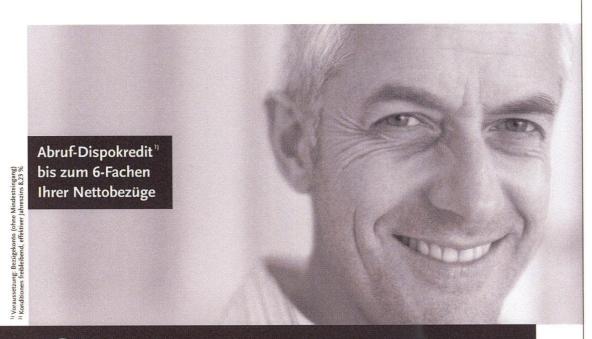
Die JAV im Hauptpersonalrat (HPR) war insgesamt neu zu bestimmen, da Anja Weber auch Altersgründen das Amt nicht für eine weitere Wahlperiode ausüben darf.

Von den drei Bewerbern/innen für das Amt der hauptamtlichen JAV im HPR machte schließlich Franziska Wallenhorst vom FA Vechta das Rennen und wird in den nächsten 2 Jahren als JAV im HPR tätig sein.

Als Vertreter werden ihr zur Seite stehen: Lars Golchert vom FA Stade,

Christina Gasse vom FA Göttingen und Stefanie Brümmer vom FA Osnabrück-Land.

Wir gratulieren allen gewählten JAV recht herzlich und wünschen ihnen alles Gute für ihre Amtszeit.



# Bezügekonto für den öffentlichen Sektor

Seit ihrer Gründung als Selbsthilfeeinrichtung für Beamte im Jahre 1921 betreut die BBBank erfolgreich Beamtinnen, Beamte und Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Dank dieser langjährigen Erfahrung und Historie als Beamtenbank in Verbindung mit einem besonderen Produkt- und Dienstleistungsangebot sind wir bis heute bevorzugter Partner der Beschäftigten des öffentlichen Sektors.

#### 0,- Euro Bezügekonto

 Kostenfreie Kontoführung (ohne Mindesteingang) und BankCard und viele weitere attraktive Extras!

#### 7,99 % p. a. Abruf-Dispokredit 1921

• Bis zum 6-Fachen Ihrer Nettobezüge

#### Beispiel:

Nettodarlehensbetrag 10.000,- Euro Laufzeit 12 Monate Sollzinssatz (veränderlich) 7,99 % p. a. Effektiver Jahreszins 8,23 %

Den günstigen Abruf-Dispokredit bieten wir Ihnen in Abhängigkeit Ihrer Bonität bis zu einem Nettodarlehensbetrag in Höhe von 50.000,— Euro und für eine Laufzeit von bis zu 4 Jahren.

#### • 0,- Euro Depot"

· Einfacher und kostenfreier Depotübertrag

#### Ihr Ansprechpartner

Ingo Muhs, Mobiler Kundenberater Öffentlicher Dienst Telefon 05 11/60 74 00 00, Telefax 07 21/141-14 11 Mobil 01 72/6 79 74 78, E-Mail ingo.muhs@bbbank.de







Die Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst

#### Aus der Schwerbehindertenvertretung

### Fortbildungsveranstaltungen der Schwerbehindertenvertretungen (Steuer) bei der OFD Niedersachsen

Die erste Schulungsveranstaltung 2012 für die örtlichen Vertrauenspersonen der schwerbehinderten Menschen hat bereits im April in Bad Eilsen stattgefunden. Die beiden anderen inhaltsgleichen Veranstaltungen werden noch im Juli diesen Jahres stattfinden.

Eingeladen hatte die Bezirksschwerbehindertenvertretung (Steuer) bei der OFD Niedersachsen unter Leitung des Kollegen Axel Kreklow und der Kollegin Ute Wehking. Ein abwechslungsreiches, interessantes und informationsreiches Programm stand (steht) auf der Tagesordnung.

Zu Beginn berichteten Beschäftigte des Landesamtes für Soziales, Jugend und Familien zu den Schwerpunktthemen Behinderung und Ausweis sowie Nachteilsausgleich.

Eine körperliche, geistige oder seelische Behinderung sowie besondere Merkmale (Gehbehinderungen, Hilfslosigkeiten etc.) werden durch einen Feststellungsbescheid festgesetzt. Bei einem feststellbaren Grad der Behinderung von mindestens 50 von Hundert liegt eine Schwerbehinderung vor und führt zur Ausstellung eines Schwerbehindertenausweis, sowie zu einigen Vergünstigungen und Schutzvorschriften.

Ebenfalls aus dem Hause des Landesamtes wurde über die technische Beratung durch das Integrationsamt referiert.

Es gibt im Landesamt einen eigenen technischen Beratungsdienst, der jede Behinderungsart unterstützen kann. Um einen behindertengerechten Arbeitsplatz zu erhalten, hilft der technische Dienst/das Landesamt bei der Beschaffung und der Finanzierung.

Ausführlich wurden die Seminarteilnehmer über die möglichen Analysen, Maßnahmen und Förderleistungen informiert.

Die Arbeit der örtlichen Vertrauensperson im Personalrat wurde dann von der Kollegin Ute Wehking durchleuchtet.

Welche Rechte und Pflichten hat eine örtliche Schwerbehindertenvertretung in Bezug auf die Personalvertretung? Wie kann sie sich beispielsweise in einer Personalratssitzung einbringen, wie könnte eine optimale Zusammenarbeit mit dem Personalrat und dem Personalratsvorsitzenden aussehen und wie können Gemeinsamkeiten ideal zum Wohle der schwerbehinderten Kolleginnen und Kollegen genutzt und umgesetzt werden?

Im Anschluss hat der Kollege Thorsten Eichenauer als Hauptvertrauensperson für die schwerbehinderten Menschen die (neue) Altersteilzeit und die Beamtenversorgung vorgestellt.

Die Pensionsgrenze wird auch für die schwerbehinderten Beschäftigten stufenweise bis zum 65. Lebensjahr angehoben. Kolleginnen und Kollegen, die den vorzeitigen Ruhestand planen, müssen Pensionsabschläge hinnehmen. Hierbei halfen diverse Fallbeispiele und Musterlösungen. Die Möglichkeiten und finanziellen Veränderungen bei der neuen Altersteilzeit ab dem 60. Lebensjahr wurden zudem erläutert.

Der ehemalige Kollege und jetzige Pensionär Wolfgang Feuerstake hatte sich mit dem Thema Pflegeversicherung beschäftigt.

Die unterschiedlichen Gestaltungen, Auswirkungen und Folgerungen aus den drei Stufen der Pflegeversicherung wurden dabei deutlich gemacht. Mit welchem finanziellen Veränderungen/Einflüssen ist zu rechnen und welche Maßnahmen beziehungsweise Anträge sind notwendig? Ein gut aufbereiteter Themenbeitrag des Ex-Kollegen Feuerstake.

Für einen äußerst interessanten Vortrag sorgte Herr Fischer, der über die Deutsche Gesellschaft für Personalwesen zu uns kam.

Das Thema war ""Miteinander reden, Konflikte vermeiden". Anhand von praktischen Beispielen, die der Vortragende aufgrund seiner langen Lebenserfahrung und seiner verschiedensten Berufstätigkeiten optimal einsetzte, wurden die Probleme der Kommunikation aufgezeigt.

Wie kann beispielsweise eine Gesprächssituation gesteuert werden, um Konflikte nicht aufkommen zu lassen? Zudem wurde die enorme Wichtigkeit der Menschenführung in allen Bereichen des Lebens deutlich gemacht.

Frau Görlich von der OFD Niedersachsen konnte wieder aus dem Tarifbereich als Referentin gewonnen werden.

Diesmal ging es um die neue Entgeltordnung zum TV-L. Angesprochen wurden die Eckpunkte zur Entgeltordnung, die Auswirkungen und Eingrup-

#### Aus der Schwerbehindertenvertretung

pierungen. Hinweise- und Beispiele vervollständigten den umfangreichen Entgeltordnungskomplex.

Den Abschluss bildeten die Berichte aus der Bezirks- und Hauptschwerbehindertenvertretung sowie ein intensiver Erfahrungsaustausch.

Ein Dank geht an dieser Stelle nochmals an die Organisatoren, Leiter und an alle Vortragenden dieser Fortbildungsveranstaltung.

Andreas Franke DSTG Landesvorstand

#### Aus den Ortsverbänden

#### Neue Trikots für die Spielgemeinschaft Stade/GBp Stade

Die Trikots der Spielgemeinschaft FA Stade/GBp Stade wurden im Jahr 2011 geklaut.

Ein neuer Satz Trikots musste für die Mannschaft her und der Vorstand des DSTG Ortsverband des Finanzamts Stade dachte sich, dass neben den bisher eingegangenen Spenden ein Sponsor hilfreich sein könnte. Der Gedanke entpuppte sich als Volltreffer und so war schnell beschlossene Sache, dass der Ortsverband einen Teil der Kosten für die neuen Trikots übernehmen und das neue Mannschaftsoutfit mit einem DSTG-Logo geprägt wird.

Der neue Satz Trikots in dunkelblau, samt weißer Hosen und Stutzen wurde sodann am 03.05.2012 beim ersten OFD-Pokalspiel der Spielgemein-



Trikotübergabe - der Spielführer der SG, Ulrich Willenbockel und die Vorsitzende des Ortsverbandes Stade. Julia Kohnen

schaft SG FA Stade/GBp Stade an die Mannschaft übergeben.

Die Einweihung der neuen Outfits wurde von unseren Jungs bereits mit zwei Siegen gekrönt. Sollten die neuen Trikots etwa Glück bringen? Wir hoffen und wünschen Euch weiterhin gutes Spiel!

Der Ortsverband Stade dankt an dieser Stelle dem Trainer Stefan Buchholz fürs Aussuchen und Beschaffen der Trikots.

Julia Kohnen, Ortsverband Stade

#### Kurz notiert...

Auf der Internetseite des DBB Bund (<u>www.dbb.de</u>) gibt es seit kurzem ein Forum für Personalräte "**dbb** Forum Personalrat". Direkter Einstieg unter: <a href="http://prforum.dbb.de/ucp.php">http://prforum.dbb.de/ucp.php</a>

Hier kann man sich nach kurzer Anmeldung und Prüfung als Mitglied der Personalvertretung zu verschiedenen Themen mit Gleichgesinnten in Echtzeit austauschen. Eine gute Idee!



Die WohlfühlBank!

www.sparda-h.de

Sparda-Bank freundlich & fair